

Die Rolle der Kirchen im Umbruch von 1989/90 in Forschung und Erinnerung

Claudia Lepp

.....

Katharina Kunter

1.

Es hängt davon ab, aus welcher Perspektive man auf evangelische Kirche und Christen blickt.

Aus der Sicht des SED-Staates zeigte sich die evangelische Kirche spätestens seit den frühen 1980er Jahren vor allem durch die junge Generation, die sich basisdemokratisch unter dem Dach der Kirche in Friedens-, Umwelt-, und Menschenrechtsgruppen engagierte, zunehmend als eine „politisch negative Kraft“. Sie stellte den Kompromiss zwischen Staat und Kirche vom 6. März 1978, der die Einebnung evangelischer Kirche in die sozialistische Gesellschaft zum Ziel hatte, in Frage. Erhöhte staatliche Kontrolle, der Versuch, kircheninternen Spaltungen herbeizuführen sowie verstärkte Repressionen gegenüber jungen Christen waren die Folge. Das brachte zugleich in die Institution Kirche eine neue Dynamik. Kirchenleitende Verantwortliche mussten sich nun zu jedem einzelnen Konflikt mit dem Staat neu verhalten. Das alte Dialogmodell geriet ins Wanken. Diskussionen in Gemeinden oder auf Synoden wurden pluralistischer, kontroverser und politischer. Die evangelische Kirche nahm jetzt zunehmend die Funktion einer Ersatzöffentlichkeit ein; im Gegenüber zu einer reformunwilligen, ideologisch-politischen Außenwelt. Einen Höhepunkt dieser gesellschaftspolitischen Rolle stellten die Ökumenischen Versammlungen in Dresden und Magdeburg von 1988/89 dar, die mit einem Mandat von 10.000 Zuschriften quer durch alle sozialen Schichten ausgestattet waren. Sie schufen zudem durch ihre breite kirchliche Vernetzungsstruktur die Voraussetzungen dafür, dass sich seit dem September 1989 aus dem Raum der evangelischen Kirche heraus Bürgerrechtsbewegungen und politische Parteien gründen konnten.

Kritisch muss allerdings gefragt werden, inwiefern sich dieses gesellschaftspolitische Engagement in der Außenwahrnehmung nicht doch auch in einer binnenkirchlichen „Blase“ vollzog. Für die Ausreisebewegung besaß die evangelische Kirche offensichtlich nicht genügend Relevanz. Und unkonventionelle Lebensstile, intellektuelle und künstlerische Freiheit sowie Systemkritik gab es auch in den Künstlerkreisen der DDR, die die evangelische Kirche oft als angepasst und konservativ wahrnahmen.

2.

Man kann diese Frage nicht ohne Berücksichtigung des 9. Oktobers 1989 beantworten, als sich in Leipzig 70.000 Demonstranten und 8.000 schwerbewaffnete SED-Sicherheitskräfte gegenüberstanden und schließlich ein Blutbad nach chinesischem Muster verhindert wurde. Die Erfahrung, Ohnmacht kollektiv und friedlich überwinden zu können, setzte neue politische Kräfte frei. Zahlreiche evangelische Christen trieben nun außerhalb der Kirche innergesellschaftliche Reformen und die Demokratisierung der DDR voran. Die deutsche Frage war dabei zunächst nachgeordnet.

Mit dem Mauerfall änderte sich das. Vereinzelt Stimmen, wie der Berliner Theologe Wolfgang Ullmann oder bei „Demokratie Jetzt“, traten im Winter 1989 mit Überlegungen zur politischen Einheit Deutschlands hervor. Sie erfuhren aber auch Widerspruch, etwa durch den Wittenberger Theologen Friedrich Schorlemmer. Zur selben Zeit zerfiel die Macht der SED zusehends. Als die Staatssicherheit Anfang Dezember begann, ihre Akten zu vernichten, fanden sich in den Bürgerkomitees zur Sicherung und Bewachung der Akten erneut viele evangelische Christen. Sie halfen mit, das Ministerium für Staatssicherheit zu entmachten – ein zentraler Beitrag, das Angstmonopol der SED zu brechen. Daneben ist die Rolle der evangelischen Kirche als Moderatorin des Runden Tisches hervorzuheben, an dem wiederum ebenfalls evangelische Christen für die demokratische Opposition saßen. Sie suchten nach Wegen für freie Wahlen und nahmen dann, nach den Wahlen vom 18. März 1990, in der ersten frei gewählten Volkskammer unterschiedliche Funktionen ein. Ein Teil von evangelischer Kirche war also in der Zeit vom Mauerfall bis zur Wiedervereinigung in die demokratische Transformation und den politischen Elitenwechsel der DDR eingebunden, trug zur Stabilisie-

rung der demokratischen Kräfte in der DDR bei und versuchte mit politischen Mitteln, die deutsche Einheit auszuhandeln. Ihr Weggang und ihre Absorption von der Politik hinterließ in der evangelischen Kirche ein Vakuum; die nur kurze Zeit zuvor noch vorhandene Generationenvielfalt, diskursive Dynamik und Pluralität wich einer stärker verkirchlichten, die politische Neutralität der Kirche nach außen tragenden Repräsentanz.

Im Hinblick auf den kirchlichen Einigungsdiskurs stellte auf kirchenleitender Ebene des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland die am 17. Januar 1990 formulierte Loccumer Erklärung entscheidende Weichen. Sie erfuhr jedoch mit der Berliner Erklärung von Christen aus beiden deutschen Staaten vom 9. Februar 1990 dezidierten Widerspruch. Ihre Verfasser warnten vor nationalen Alleingängen und erinnerten daran, dass es ihnen in den 1980er Jahren um den globalen Perspektivwechsel und die Umkehr in den Schalom gegangen war.

3.

Die Zeit von 1989/90 war keine Periode für ausführliche erinnerungskulturelle Reflexionen seiner evangelischen Akteure. Sie waren Tag und Nacht mit ganzer Kraft in außergewöhnliche politische Gestaltungsprozesse, in eine „revolutionäre Erneuerung“, eingebunden. In einigen zeitgenössischen Deutungen tauchen die Begriffe des „Kairos“ oder des „prophetischen Momentes“ auf, hin und wieder auch biblische Reminiszenzen an das Ende der 40jährigen Wanderungszeit durch die Wüste. Dass sich evangelische Kirche aber selbst als treibende gesellschaftspolitische Kraft der Veränderungen in der DDR sah, machte bereits die 1990 von dem evangelischen Theologen Erhart Neubert geprägte Redewendung von der „Protestantischen Revolution“ deutlich. Sie konnte sich zwar nicht durchsetzen und wurde im neuen Jahrtausend von der Deutung „Friedliche Revolution“ überlagert. Die Erinnerungen an die vollen Kirchen der 1980er Jahre in der DDR ist in der Gegenwart freilich verblasst; die ausführliche Würdigung des politischen Beitrages der Kirchen und die Wertschätzung der Ökumenischen Versammlungen als Vorbereitung der Friedlichen Revolution im fraktionsübergreifenden Antrag von CDU/CSU und SPD vom 4. Juni 2019 im Bundestag (Drucksache 19/10613) erscheint da als eine letzte öffentliche Reminiszenz.

Was für historische Vergleiche im Allgemeinen gilt, gilt auch für die besondere Situation der evangelischen Kirche in der DDR: Von ihren Erfahrungen lässt sich nur bedingt lernen. Weder die Minderheitensituation in einer Diktatur, der repressive Druck auf Christen, die Erfahrung von Kirche als Freiheitsraum oder Hort erhaltener Bürgerlichkeit, noch der Grad der Säkularisierung, die internationalen Kontexte oder die Kommunikationsmöglichkeiten lassen sich mit evangelischer Kirche heute vergleichen. Das gilt allerdings genauso für die Erfahrungen der bundesdeutschen Kirchen in den 1980er Jahren – sie helfen nicht für heutige Orientierungen. Das sensible und mutige Kirchesein in der Gegenwart ist eine eigene Herausforderung.